

Die "Volkstimme"
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil
verantwortlich:
Karl Rankau, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Druck von A. Arnoldt,
Magdeburg.
Einsprech. Einschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volkstimme

Prämienzahlbarer
Abonnementpreis:
Bieteljährlich inkl. Bringerlohn
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk.
inkl. Bestellgeb.,
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Zeile.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehoffstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter
Ferdinand Lassalle.

No. 9. Magdeburg, Freitag, den 11. Januar 1895. 6. Jahrgang.

Wider den Umsturz.

III.

Berlin, den 10. Januar 1895.

Die Konservativen haben Konfliktsbedürfnis
Bevor die Debatte über das Umsturzgesetz fortgeführt
wurde, mußte abgestimmt werden über den von sozial-
demokratischer Seite eingebrachten Antrag betreffend Ein-
stellung des gegen den Abg. Stadthagen anhängig ge-
machten Strafverfahrens. Während bislang debattelos
über derartige Anträge abgestimmt und ohne Rücksicht auf
die politische Parteistellung des betreffenden Abgeordneten,
gegen den ein Strafverfahren eingeleitet wurde, die Ge-
nehmigung zur Strafverfolgung versagt wurde, hielten
es heute die Konservativen für angepaßt, von neuem gegen
den Artikel 31, Abs. 2 der Verfassung Sturm zu laufen.
Die Herren wollten aus reinem „Prinzip“ gegen den
Antrag sprechen und stimmen, so sagte der Herr von
Buchta, Oberlandgerichtsrat und Mitglied der Land-
wehr-Kavallerie zu Rostock in M.

Die Abgeordneten Singer, Meyer und Bachem
verwarfen sich entschieden gegen die Konfliktsgefühle der
Konservativen. In einer Zeit wie der gegenwärtigen, sei
es doppelt angebracht die Verfassungsbestimmungen zu
wahren, gegen welche von konservativer und freikonserva-
tiver Seite gerüttelt wird.

Ueber die Verhandlungen giebt der Palmentsbericht
nähere Auskunft.

Singer sagte,
daß es sich nicht um ein verdecktes, sondern ein offenes Betrug handle,
als vom Reichstage stets anerkannt worden sei. Warum habe die
konservative Partei denn im Falle Kahlwacht den betreffenden Antrag
angenommen? Vor den Weihnachtsferien sei die Einstellung eines anderen
Strafverfahrens gegen Abg. Stadthagen beschlossen worden, obwohl der
Abgeordnete damals auch im Gefängnis saß. Das heutige Vorgehen
erwarte die Rechte der Reichstages, wie die Forderung einer
Veränderung der Disziplinerverfahren des Präsidenten. Demgegenüber
hätten wir die Rechte des Reichstages wahr.

Abg. Dr. Meyer (Halle, Freil. Ber.) betonte, daß der Reichstag
auch seine früheren Beschlüsse in dieser Frage ein Präjudiz geschaffen,
als hoch gehalten werden müsse. Gesetze das von einer Seite nicht,
so beweise das, daß nicht sachliche, sondern persönliche Motive maß-
gebend seien. In einer Zeit, wo man die dem Reichstage durch die
Verfassung gewährtesten Rechte beschränken wolle, sei es Pflicht, jedes
in der Rechte kräftig zu wahren.

Abg. Dr. Bachem (Str.) bemerkte, daß kein Grund vorliege, von
der bisherigen Praxis abzugeben. Eine Zeit, wie die jetzige, sei am
wenigsten dazu geeignet, künstliche Interpretationen in die Verfassung
einzubringen. Leider sei in der letzten Zeit immer mehr von einer
Seite die Sitte eingegriffen, über diese Dinge, die früher debattelos ab-
gehandelt wurden, eine längere Erörterung herbeizuführen, obwohl es sich
hier um Rechte des Reichstages handle, die auf der Basis einer gesunden
Rechtsauffassung ruhen.

Hierauf wurde gegen die Stimmen der äußersten
Rechte der Antrag Auer und Genossen angenommen und
die Konservativen waren um eine Niederlage reicher.
Sehnsüchtig blickten sie auf Herrn v. Stumm, welchem
die Aufgabe zu teil geworden, die Umsturzvorlage zu ver-
teidigen und die Sozialdemokraten mit Haut und Haaren
zu vernichten. Herr v. Stumm erhob sich öffnete den
Mund und sagte:

Die gestrige Rede des Abg. Auer war nicht nur lang, sondern im
jeden Sinne auch recht langweilig. (Widerstand links) Sie enthält
nicht viel Neues, sondern war gewissermaßen eine sozialdemokratische
Programmschrift. Wir sind aber längst, die diese Reden, die wir hier
zu hören bekommen, in Widerspruch mit denen stehen, die man draußen
hört. Draußen tritt die revolutionäre Tendenz sehr scharf genug hervor,
und in jeder Rede wird mindestens von dem großen allgemeinen Kladder-
adatsch gesprochen. Was ich deshalb auch hier die Sozialdemokratie
als politische Partei anerkenne, außerhalb des Hauses kann ich es nicht.
Widerstand links. Präsident von Leschow bittet, ungebührliche
Zuschauer zu unterlassen. Man erlebt es ja fortwährend, daß
Religion, Ehre und Ordnung angegriffen werden. Sittlichkeit wird
geradezu zu Unfalschheit gestempelt, letztere als fälschlich hingestellt. (Wider-
stand bei den Sozialdemokraten.) Abg. Auer selbst äußerte ja noch
geflüster, er habe noch jederzeit sein Viehchen gefunden, der Arbeiter
brauche keine Eise. (Widerstand links.) Ja, Sie wollen doch
die freie Liebe als Recht proklamieren. So ist es mir auch ganz selbst-
verständlich, daß die Sozialdemokratie uns den Anarchismus gezeitigt
hat, und haben wir auch nicht so viele und so schwere anarchische
Verbrechen erleben müssen, wie Frankreich und Spanien, so haben wir
doch gesehen, daß man bei uns solche Verbrechen verheerliche. Eine
Anzahl Führer der Anarchisten sind auch früher sozialdemokratische Ab-
geordnete oder doch Führer gewesen. (Rufe links: Namen.) Ich brauche
nur zu erinnern an Wolf, Haselmann, Werner, Kierbach, Hermann.
Es ist ja leicht nachzuweisen, daß Anarchisten und Sozialdemokraten
Hand in Hand auch bei uns gehen. In dem dem „Vorwärts“ beige-
legten „Koten Kalender“ sind nicht nur die Helmschützen der Sozial-
demokratie, sondern auch die Schandthaten der Anarchisten verzeichnet
(Wachen bei den Sozialdemokraten.) Anarchisten und Sozialdemokraten
unterscheiden sich nicht dem Wesen, sondern nur der Taktik nach. Nicht
nur jene, sondern auch die Sozialdemokraten haben daher eine ganz
heißelose Angst vor der Umsturzvorlage. Im Arbeiterüberblick wird ja
schon darauf hingewiesen, die Reaktion trachte danach, die Sozialdemo-
kratie mit eiserner Hand niederzuhalten. Gewiß, Gewalt läßt sich nur
durch Gewalt verdrängen. (Sehr richtig! rechts.)

Deshalb hätte ich viel lieber ein schärferes
Gesetz gewünscht als das vorliegende. Ich würde
vorschlagen: § 1. (Abg. Singer: Jeder Sozialdemokrat wird
totgeschlagen!) — Präsident v. Leschow: Herr Abgeordneter Singer,
ich erlaube Sie nochmals, ungebührliche Zwischenrufe zu unterlassen.
§ 1. Den Sozialdemokraten wird das aktive oder

passive Wahlrecht entzogen. (Schläger links. Rufe rechts: Sehr gut!) § 2. Agitatoren werden ausgewiesen. (Erneutes Schläger links.)

Ich bin überzeugt, die Sozialdemokratie kann damit unbedrückt
werden, wenn ich auch zugeben muß, daß Sie Ihr Bestreben in weite
Kreise der Bevölkerung getragen haben. Wir haben ja gesehen, in wie
sehrer Weise Streiks und Boykottierungen von sozialdemokratischer
Seite inzentriert worden sind. Leider zum Teil mit Erfolg, wie in
Berlin beim Bierdayfest, wo sogar die sozialdemokratischen Agitatoren
wieder eingeführt wurden. Man hat sogar einer Witwe, die ein Geschäft
besaß und ihren Mann kirchlich begraben lassen wollte, deshalb mit
dem Boykott gedroht. (Rufe links: Namen nennen!) Das führt immer
weiter, und die Zustände, die sich in Amerika ausgebildet haben, sollten
uns eine Warnung sein. Wer deshalb diesen Bestrebungen nicht gegen-
übertritt, ist verantwortlich für die Ströme von Blut, die später über
uns kommen. (Rufe links: Gul! Gul!) Die Konstitutionsfreiheit, für die
ich selbst jederzeit gestimmt habe hat eben leider zu Mißbräuchen
geführt, sie ist zu einer Waffe geworden, die nur zum Vorteil der
sozialdemokratischen Führer, nicht zu dem der Arbeiter angewandt wird.
Leider haben wir es aber erleben müssen, daß gewisse Klassen der
gebildeten Bevölkerung mit den sozialdemokratischen Theorien kollektieren.
Namentlich von einigen Professoren der Nationalökonomie ist das be-
merkt worden, und es ist leider schon dazu gekommen, daß man auch
Kollegen von abweichenden Kollegen boykottiert hat. Dabei heißt es fest,
daß alle Anregungen z. Maßnahmen zum Wohl der arbeitenden Klassen
nicht von der sozialdemokratischen Partei, sondern vom Centrum oder der
Rechten ausgegangen sind. Herr Auer hält uns vor, wir hätten es mit
den reichen Juden. Kleines Wissen sagen aber Juden allein in der
sozialdemokratischen Fraktion, und zwar nicht nur arme, sondern auch reiche
Juden. (Beifall rechts.) Leider finden die Sozialdemokraten auch Unter-
stützung aus christlichen Kreisen. Das Blatt des Pastors Naumann kooperiert
z. B. sehr stark mit den Sozialdemokraten. Sind die Helfer erst von
dem durchtränkt, was in diesem Blatte („Die Hilfe“) und anderen ge-
predigt wird, dann gehen die Arbeiter alle sehr schnell in das Lager der
Sozialdemokratie über. Der Reichstag selber hat bisher die Sozial-
demokraten zu sehr mit Gleichhandlungen angefaßt, trotzdem sie wieder-
holt unsere Gefühle verletzt und verhöhnt haben. Ein einmütiges
Quousque tandem Catilina? hätten wir ihnen zurufen müssen. (Bei-
fall rechts.) Die Vorlage, die uns beschliffen ist, soll zunächst dem vor-
beugen, daß wir es wieder erleben, daß man anarchische Verbrechen
verherrlicht. Wer den Mord preist, ist meines Erachtens ebenso schuldig
wie der, der ihn vollführt! (Sehr richtig! rechts.) Wir wären es lieber
gewesen, man hätte ein scharfes Ausnahmegesetz eingebracht. Auf
anderen Gebieten haben wir ja auch Ausnahmegesetze. Die Arbeiter-
schutzesetze sind doch solche gegen die Sozialdemokraten. (Abg. bei den
Sozialdemokraten.) Ich bin damit einverstanden, aber ich beantrage,
daß die Arbeiter nicht nur gegen die Ausbeutung durch Arbeitgeber,
sondern auch gegen diejenige durch die Sozialdemokraten geschützt werden.
(Wachen links.) Jedenfalls gebe ich Allen, die es gut mit unserem
Vaterlande meinen, den Rat: Nehmen Sie wenigstens dieses Gesetz an
und schwächen Sie es nicht zu sehr ab, sonst führen Sie das, was Sie
vermeiden möchten, direkt herbei, nämlich die Reaktion. Kein Staat
kann auf die Dauer sich der Wahrung des Grundgesetzes entziehen: „Salus
republicae suprema lex!“ (Beifall rechts.)

Daß diese Rede von den Sozialdemokraten des
öfteren ironisch unterbrochen wurde, so daß der Herr Prä-
sident sich mehrfach Ruhe erbitten mußte, wird jedem ein-
leuchten. Der folgende Redner, Abg. Gröber (Centrum),
wendete sich zu Anfang seiner Rede scharf gegen die
Sozialdemokraten. Daß wir diese Kritik nicht fürchten,
bemeist, daß die Parteileitung soeben ankündigt, die De-
batten über die Umsturzvorlage nach dem Stenogramm
in Massenaufgabe herzustellen. Der zweite Teil der
Gröber'schen Rede, war eine vernichtende Kritik der Um-
sturzvorlage und giebt den Sozialdemokraten vorzügliches
Agitationsmaterial in die Hände.

Doch lassen wir den Abg. Gröber selbst reden.

Abg. Gröber (Str.): In der gestrigen Rede von Auer flechte
ein gut Stück Bolmarischer Taktik. Wenn die Sozialdemokratie so
wäre, wie sie Abg. Auer schildert, wie kommt er da auf den Gedanken,
daß die Umsturzvorlage auf dieselbe Anwendung finden werde? Sie
wird nie die Anwendung finden auf die bösen Sozialdemokraten
(Anarchisten!) aber doch nicht auf die braven. Wenn Abg. Auer immer
darauf spricht, daß nur die Sozialdemokratie ein warmes Herz für die
Arbeiter habe, so ist das eine Unwahrheit. Die sozialpolitischen Gesetze,
welche den Unternehmern namentlich in der heutigen schweren Zeit große
Lasten auferlegen, sind gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie
zustande gekommen. Denken Sie ferner an das Arbeiterbeschutzesetz.

Gegen die Sozialdemokratie kann nicht mit Gewaltmitteln gekämpft
werden, sie muß innerlich überwunden werden. Es darf nicht der Ver-
dacht aufkommen, als ob wir die Arbeiter als minderwertig betrachten,
wir wollen, daß die Arbeiter sich als gleichberechtigte Staatsbürger
fühlen. Unsere Stellung zu der Vorlage ist gegeben durch die Stellung,
die wir seit jeher dem Sozialistengesetz gegenüber eingenommen haben.
Im Jahre 1878 gab im Namen des Centrums Freiherr von
Brandenburg eine Erklärung ab, daß wir die sozialdemokratische
Agitation, sofern sie darauf gerichtet ist, Egoismus und Religion
zu zerstören oder Eigentum und Gesellschaft anzuftören, verwerfen,
daß wir einer Erweiterung der Strafbestimmungen gegen Anarchisten
in der Presse und gegen Agitationen, sowie einer Erweiterung des Straf-
gesetzbuchs in dieser Richtung ebenfalls zustimmen würden. Wir geben
aber dabei der besten Überzeugung Ausdruck, daß Polizei und Straf-
gesetzbuch nicht allein helfen werden, wenn nicht positive Maßregeln
ergriffen werden zur Abheilung der Mißstände im wirtschaftlichen Leben,
und wenn man nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß Gerechtigkeit, Gottes-
furcht und Frieden herrscht. In Konsequenz dieses Standpunktes sind
wir bereit, in eine gründliche Erwägung darüber einzutreten, ob das
vorliegende Gesetz auf dem Boden des gemeinen Rechts aufgebaut ist,
ob es geeignet ist, den von uns scharf bekämpften revolutionären Be-
strebungen wirksam entgegenzutreten, und ob dies durch gerechte Mittel
und auf eine Art und Weise geschieht, die nicht andere Rechte verletzt.
Im Auftrage meiner Fraktion beantrage ich, die Vorlage einer Kom-
mission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Diese Beratung wird der Regierung Vorschlag geben, das in
den Motiven gegebene Material, das nicht genügend ist, zu ergänzen.

Wir werden in die Beratung dieser Vorlage eintreten mit all der Bor-
sicht, welche die Bestimmungen des Entwurfs bei ihrer Allgemeinheit
und Dehnbarkeit verlangen. Diese Bestimmungen sind vielfach so gefaßt,
daß eine ungleiche Behandlung, ja eine willkürliche Auslegung sehr leicht
möglich ist. Wir werden auch in der Kommission die Erfahrungen vor-
bringen, die wir mit der ungerechten, parteiwidrigen Politik der
Regierung gemacht haben.

Die Männer des Umsturzes sollen dem allgemeinen Gesetz unter-
worfen werden, für die katholische Kirche aber verlangt man aufrecht-
erhaltung von Ausnahmegesetzen, und zwar in einem Augenblick, wo
der Kaiser das deutsche Volk zum Kampf für die Religion aufruft.
(Sehr richtig! im Centrum.) Ist das katholische Volk schlimmer als
die Männer des Umsturzes, oder sind die Katholiken nicht wert, daß
man sie des gemeinen Rechts würdigt? (Beifall im Centrum.) So
lange solche Ausnahmegesetze bestehen, dürfen sich die Herren am Bundes-
ratsstische nicht wundern, wenn das katholische Volk den freundlichen
Erklärungen vom Bundesratsstische kein volles Vertrauen entgegenbringt.
(Sehr richtig! im Centrum.)

Wenn uns, den Vertretern des katholischen Volkes, nun zugemutet
wird, der Regierung eine neue starke Waffe in die Hand zu geben, so
muß uns das mit eigenem Willen geschehen. Man war der
Meinung, daß die Umsturzvorlage sich nur bezogen würde auf Ver-
brechen, die i. B. im Sozialistengesetz gekennzeichnet wurden. Allein
nach den Motiven und dem Wortlaut ist das ausgeschlossen. Sie paßt
auf alle Parteirichtungen, und daß das Gesetz auf alle Parteien Er-
weiterung finden kann und wird, die in scharfer Opposition gegen die
Regierung stehen, dafür sorgen die vagen Strafbestimmungen. Was
die Staatsanwälte und Richter in der Auslegung leisten können, haben
die Katholiken zur Zeit des Kulturkampfes erfahren. Es wird bei Be-
ratung des Gesetzes Nachdruck darauf gelegt werden müssen, daß bei
der Aburteilung von Vergehen, die unter dem Gesetz fallen, falls es
überhaupt in Kraft tritt, die Mitwirkung von Laien stattfindet, sei es
durch die Hebung von Schwurgerichten, sei es, daß man zu den
Strafkammern Laien zuzieht.

Redner geht nunmehr auf einzelne Bestimmungen der Vorlage ein.
Es ist bedenklich, den Polizeibehörden die Befugnis der Beschlagnahme
von Presseorganen zu geben, solange wir nicht auf der anderen Seite
die Entschuldigungsverpflichtung für unbegründete Beschlagnahmen haben.
(Sehr richtig!) Die Bedenken steigen sich, wie die Polizeibehörden bei Delikten
zu entscheiden haben, die schon dem Richter Schwierigkeiten machen.
Schon jetzt wird über eine verschiedenartige Behandlung der Presse ge-
spracht. Die Polizei erklären, daß unter Staatsordnung nicht bloß die
Verfassungseinrichtungen, sondern auch die gesellschaftlichen Einrichtungen,
vor allem Familie und Eigentum, gemeint seien. Der Begriff „Staats-
ordnung“ ist also im denkbarsten Sinne gefaßt. Bezüglich des Wortes
Umsturz lassen uns die Motive vollends im Unklaren, sie konstruieren
sogar einen Hochverrat zweiter Klasse. So schwierig schon die Fest-
stellung des objektiven Tatbestandes ist, wieviel schwieriger wird der
subjektive Tatbestand, die Schuld des Angeklagten, erwiesen werden
können! Dem Richter will man so schwierige Fragen auferlegen, über
die wir Gesetzgeber nicht eilig sind.

Was nun die Bezeichnung von Angehörigen des Heeres anbetrifft,
so ist anzuerkennen, daß ein Schutz geschaffen werden muß. Aber darauf
kann diese ungenauer weitgehende Fassung nicht begründet werden. Auf
der einen Seite steht die allgemeine Wehrpflicht, auf der anderen glaubt
man, absolut verhindern zu können, daß sozialistische Ideen ins Heer
kommen, während doch bekannt ist, daß die Rekruten schon als Sozial-
demokraten eintreten. Was versteht man unter Anpreisen und Dar-
stellen von strafbaren Handlungen? Gewisse populäre Darstellungen
will man treffen, während eine Reihe moderner Juristen ganz derselben
Anschauung huldigen, die die Willensfreiheit leugnen und den Schul-
begriff aus dem Strafrecht heraus zu eskamotieren suchen. Solche
Sachen werden der unreifen akademischen Jugend vorgetragen. So hat
der Straßburger Professor Theodor Hegler angeführt, daß dem Recht
des Staatsrechts das Recht der Revolution entspreche. Die Motive
lassen keinen Zweifel, daß das Anpreisen aller Verbrechen bestraft werden
soll, die je in der Weltgeschichte im Inlande und Auslande, vor und
nach der Sündflut seit Erschaffung der Welt begangen worden sind, ja
wohl auch solcher, die noch bis zum jüngsten Tage begangen werden
können. Freilich wird es unter diesen Umständen den Katholiken erwar-
teten, sich zu beschweren zu müssen über die Beschimpfung der Nord-
bramer eines schwedischen Generals. (Abg. bei im Centrum,
Unruhe bei den Nationalliberalen.) Kann man sich darüber täuschen,
daß der Kriegsminister v. Bronsart im Falle Kahlwacht eine strafbare
Tat hat einschuldigt? Wenn das Gesetz bereits in Kraft gewesen wäre, dann
wäre der Justizminister in der Lage gewesen, gegen seinen Kollegen,
der nicht immun ist, wegen Anpreisen zum Verbrechen Strafverfolgung
einzuleiten. (Weiterleft.)

§ 131 ist insbesondere gegen die Presse gerichtet. Wie kann man
von einem Redakteur verlangen, daß er, wenn er eine Mitteilung erhält,
alles in seinen Einzelheiten unbedingte belege? Wir bekräftigen die Not-
wendigkeit einer solchen Erweiterung der Strafbestimmungen. Wie kann
man von einem Redakteur verlangen, daß er, wenn er den Zweck einer
Regierungsvorlage kritisiert, den Gegenbeweis bis in alle Einzelheiten
hinein führt? Der Begriff der Beschimpfung in § 130 ist sehr definierbar.
Jede scharfe Kritik kann vom Richter als Beschimpfung aufgefaßt werden.
Wir haben das vielfach erfahren in Projekten wegen Beschimpfung von
Religionsgesellschaften. Eine scharfe Kritik der Kirche kann als Be-
schimpfung hingestellt werden. Wir kommen dann zur Stagnation zum
Eigentum (sehr richtig im Centrum). Das Bedürfnis für eine solche
Bestimmung ist nicht nachgewiesen. Religion, Monarchie, Familie, Eigen-
tum werden ja bereits durch zahlreiche Gesetzesbestimmungen beschützt.
Welche Religion ist überhaupt gemeint? Die des Confucius, Buddha,
des Herrn von Egit? (Weiterleft.) Der Paragraf kann leicht um-
gangen werden. Wenn unter Religion nur Gottesverehrung überhaupt
verstanden wird, dann braucht man bloß die Religion im allgemeinen
aus dem Spiele zu lassen und kann auf eine bestimmte Religionsform
verweisen. Wie wechselläufig ferner der Begriff des Eigentums ist, zeigen
die verschiedenen Auffassungen Adolf Waquers darüber zu verschiedenen
Zeiten. Es giebt eine Reihe Volkswirtschaftslehre, die das Eigentum
in seiner heutigen Form bekämpfen.

Alle diese Bestimmungen sind nur für gemeine Leute, die Professoren
nehmen Sie aus. Die Regierung muß doch eine Heidenangst haben
vor den deutschen Professoren (Weiterleft.) Wie können Sie es dem
deutschen Volke verbieten, dieselben Ansichten auszusprechen, wie die
Professoren in den Hörsälen? Wenn ein deutscher Professor mit einem
Wort von Eitaten etwas ausführt, so importiert das freilich mehr, als
was ein einfacher Mann aus dem Volke aus seinen Erfahrungen heraus
in jeiner heutigen Form bekämpfen.

Bevor die Vorlage an den Reichstag gelangte, machte man sich
große Mühen. Diese sind jetzt gemacht worden, und man glaubt
vielleicht nicht, daß die Vorlage überhaupt erlitten werde. Wenn die
Vorlage wirklich nur der erste Schritt ist, wohin geht dann der Weg?

*) Wie lang wißt du noch unsere Schul misbräuchen, Catilina?
**) Das Wohl des Gemeinwessens ist das oberste Gesetz.

Das zu erfahren, haben die Volkstretter ein gutes Recht. Wie schließen uns der Aufforderung, für Religion, Sittlichkeit und Ordnung zu kämpfen, aus vollster Ueberzeugung an. Aber wir verlangen auch, daß man uns die Hände frei macht zu diesem Kampf. (Bravo! im Centrum.) Der Staatsretter sprach von einer Welt voller Erbitterung und Haß, die neben der unsrigen steht. Das kommt daher, daß man die Kräfte, um die es sich hier handelt, sich selber überläßt. Nur aus dem Innern heraus kann die Heilung geschehen, und da kann nur die Kirche wirksam eingreifen. Es gibt kein Heil außer in Jesus Christus. (Vehementer Beifall und Handklatschen im Centrum.)

Diese Rede veranlaßte Herrn v. Neeberding das Wort zu nehmen um die betreffenden Ausführungen des Centrumsabgeordneten zu widerlegen. Ob ihm dies gelungen, können unsere Leser aus seinen Worten selbst erkennen:

Nach den Ausführungen des Redneres ist es mir zweifelhaft geworden, ob wir auf einem Boden stehen, auf dem wir uns verständigen können. Nach ihm kann die Heilung der Schäden nur auf dem Wege der inneren Veredelung vor sich gehen. Aber auf diesem Wege wird ja seit Jahren von uns viel gethan. Abg. Windthorst hat ja schon seit Jahren ein Ausnahmengesetz Abänderung des gemeinen Rechts verlangt, so wie es zum Schutze des Staates und der Gesellschaft nötig ist.

Mit seiner dialektischen Schärfe hätte der Redner auch das schon bestehende Strafgesetzbuch kritischer können. Da er jedoch in einigen Punkten Entgegenkommen zugesagt hat, hoffe ich doch noch auf Verständigung. Die Regierungen werden nicht abgeneigt sein, bessere Vorschläge, die ihnen etwa in der Kommission gemacht werden, anzunehmen. Es liegt ihnen ja nur daran, die hervorgetretenen Umsturzbefürwortungen zu treffen ohne Beeinträchtigung des bestehenden Rechtszustandes. Auch sie wollen vermeiden, daß die Vorlage zu Strafverfolgungen Anlaß gebe, die dem allgemeinen Rechtsfinn zuwiderlaufen.

Der Redner fragte, wohin die Reise ginge. Nun, wir bezwecken nichts anderes, als das, was Abg. Windthorst selbst einmal gefordert hat. Unter „Umsturz“ verstehen die verklärten Regierungen gemäß dem Bericht aus der Kommission über das Sozialistengesetz nur die gewaltthätigen Bestrebungen, nicht die auf allmähliche Umwidmung gerichteten. Nachdem das Sozialistengesetz so lange bestanden hat, dürfte auch hinsichtlich der unter „gewaltthätigen Umsturz“ zu verstehen sein.

Herr v. Neeberding wendete sich auch gegen den Genossen Auer, die Vorlage gegen seine Angriffe in Schutz nehmend:

Dem Abg. Auer erwidere ich, daß alles, was ich den Schriften von Krapotkin und Bakunin entnommen habe, den letzten Jahren entnommen, wo diese Schriften wieder neu erschienen und verbreitet sind. Es ist unrichtig, daß das Gesetz sich gegen die Arbeiter richte. Schreiben denn die Arbeiter die Artikel in den Zeitungen halten die Arbeiter Beiträge in den Versammlungen, oder sind es nicht vielmehr bestimmte Agitationen? Die Leute sollen getroffen werden, die die Grundlagen aller menschlichen Existenz untergraben wollen.

Als er geendet, herrschte lautlose Stille im Saale, die Mehrzahl der Abgeordneten hatte bereits den Saal verlassen; man hörte kein Wort des Beifalls, kein Wort der Zustimmung ertönte. Die Herren von der rechten Seite sahen nachgerade ein, wie tief einen tiefen Schnitt in das eigene Fleisch die Regierung gethan. Auch Herr v. Vinburg-Stirum und Prof. Caneerus dürften die Vorlage nicht retten. Abg. Mundel dürfte morgen gleichfalls reden.

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz. Die Mißstimmung in bürgerlichen Kreisen gegen gewisse Ereignisse, die zu ergründen die Rede Auer's Gelegenheit bietet, macht sich besonders in Süddeutschland bemerkbar. So bringen jetzt die Münchener „Neuesten Nachrichten“ einen Artikel, in dem ausführlich der Gedanke erörtert wird, daß die Wohlfahrt des Volkes, nicht der Wille des Herrschers, die einzige Richtschnur aller Gesetze sein müsse. Wie tief muß die Mißstimmung in bürgerlichen Kreisen Wurzel geschlagen, daß man sich selbst in nationalliberalen Kreisen zu einem „uff!“ versteigt.

Ein Programm der Programmlosigkeit bezeichnete im liberalen Verein zu Landsberg a. W. der Kammergerichtsrat Schroeder die Vorlage gegen den Umsturz. Redner sagte: Mit Polizeimitteln und gewaltthätiger Unterdrückung werde nichts erreicht. Durch das Sozialistengesetz habe die (sozialdemokratische) Partei nur neue Anhänger gewonnen. Redner sei viele Jahre Staatsanwalt gewesen und versprache sich durchaus nichts von der praktischen Anwendung des „Alarmgesetzes.“ Redner bezeichnete weiter die Vorlage als einen politischen Fehler. Nur ein reiner Kampf der Geister könne Erzeße verhindern. Vor

allen Dingen aber sei unter den Parteien der Kampf in anständiger Weise zu führen. Was die einzelnen Bestimmungen der Umsturzvorlage anlange, so würden die in der Vorlage vorgesehenen Punkte, Beschimpfung der Religion zc., schon jetzt laut Strafgesetzbuch bestraft. Den Kampf der Geister führen bekanntlich die Sozialdemokraten, welche sich auch bemühen, anständig zu kämpfen, hieran aber durch den Cynismus und die Frechheit der Gegner oft gehindert werden. Diese Stimme aus liberalen Kreisen ist sehr beachtenswert.

Die Umsturzvorlage — ein Ausnahmengesetz. Während die unabhängige italienische Presse an Crispien ein gutes Haar läßt und „eine Skake eine Skake nennt“, erfreut sich der italienische Ministerpräsident des besonderen Schutzes der Polizeibehörde in der in weiteren Kreisen bekannten deutschen Stadt Leipzig (Königreich Sachsen). Dasselbst hatte in einer Volksversammlung ein Redner unter Bezugnahme auf die Ausnahmengesetzpolitik Crispien an das bekannte Wort erinnert, „mit Ausnahmengesetzen könne jeder Ziel regieren“, ferner hatte ein Redner mit Bezug auf die Kommission zur Untersuchung der bekannten Schriftstücke aus der Banca-Romana-Angelegenheit geäußert, „es frage sich nur, ob die Kommissionsmitglieder ebensolche Schutze seien wie Crispien ein Schuft sei“. In beiden Fällen hatte der überwachende Polizeibeamte den Redner das Wort entzogen; im ersteren Falle deswegen, weil der Polizeibeamte in den Äußerungen des Redners „eine handgreifliche Hindeutung auf deutsche Verhältnisse“ erblickte zu müssen glaubte. Auf die erhobene Beschwerde hat nach der „Leip. Volksztg.“ das Polizeiamt der Stadt Leipzig dem Beamten Recht gegeben. In dem für die deutsche Presse überaus wichtigen Bescheide heißt es u. A., in den Worten: „daß mit Ausnahmengesetzen jeder Ziel regieren könne“, sei die Hindeutung auf die deutschen Verhältnisse und die dem Reichstage jetzt vorliegende sog. Umsturzvorlage handgreiflich.“ Wir erfahren hieraus die interessante Thatsache, daß an einer amtlichen Stelle in Deutschland die Umsturzvorlage mit einem Ausnahmengesetz auf eine Stufe gestellt wird, während von autoritativer Seite, von der Reichsregierung selbst, stets und ausdrücklich betont worden ist, die Umsturzvorlage habe mit einem Ausnahmengesetz nicht das Geringste zu thun, sie mache vielmehr den bewußten Versuch, auf der Grundlage des gemeinen Rechts den von ihr hervorgerufenen Schäden entgegen zu treten. Schließlich hebt die „Volkstimme“, der wir diese Zeilen entnehmen, hervor, daß jede freiwillige Besprechung ausländischer Angelegenheiten, wenn man der Anschauung des Leipziger Polizeiamts Recht geben will, in der deutschen Presse unmöglich wird, weil es einem jähigen Staatsanwalt nicht schwer werden kann, in jeder solchen Besprechung „eine handgreifliche Hindeutung auf deutsche Verhältnisse“ zu entdecken. Und trotzdem die Umsturzvorlage.

Keine Ueberstürzung. Wie uns aus Berlin berichtet wurde (siehe Parlament. Nachrichten) hat es die Gesundheitsordnungskommission mit der Verschärfung der Disziplinargewalt des Reichstagspräsidenten äußerst eilig. So sehr drängt die Arbeit denn doch nicht, schreibt die Kölnische Volkszeitung, daß im Reichstage alles aus Hand und Band gehe, daß man sich nun Hals über Kopf in vorreife Beschlüsse stürzen müsse. Hängt einerseits von der Geschäftsordnung allein der Ton der Verhandlungen nicht ab, so ist auf der andern Seite die parlamentarische Redefreiheit ein viel zu wertvolles Gut, als daß man es ohne Not gefährden dürfte. Ueberdies sind die Beschlüsse unseres Parlaments ohnehin knapp genug bemessen, so daß man stellenweise eher eine Erweiterung als eine Einschränkung wünschen möchte. Also lasse man der Geschäftsordnungskommission ruhig Zeit, sich die Sache gehörig zu überlegen und jeden Vorschlag genau von allen Seiten zu prüfen. Es giebt weder Hochverrat noch Mord noch Todschlag im Plenum, wenn die Kommission nicht gleich am ersten Tage eine Anzahl lauber missiver Vorschläge einbringt. Wie wir des öfteren nachgewiesen haben, sind gerade die Kontervaaliden und Antihemiten die ärgsten Ruhestörer. Wie viel mühe Szenen, begleitet mit den ordinärsten Worten haben wir zu schildern Gelegenheit

gehabt. Die Herren um Liebermann v. Sonnenberg haben sich manches Späßchen erlaubt. —

Die Agrarier triumphieren. Die „Kreuz-Ztg.“ bestätigt, daß der Kaiser in der letzten Sitzung des preussischen Staatsministeriums der „Not der Landwirtschaft“ gedacht hat. Die „Kreuz-Ztg.“ meint, daß im Zuckersteuergesetz, welches im nächsten Jahre dem Reichstage einzubringen ist, der erste positive Schritt in dieser Beziehung gethan werde. Vielleicht ist man aber im „nächsten Jahre“ in den Regierungskreisen doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Prämienwirtschaft ein Unrecht gegen die Besitzlosen ist und die Unzufriedenheit derselben von Jahr zu Jahr gesteigert und geschürt wird.

Bismarck-Kultus. Mehrere Städte gedenken den 81. Geburtstag des Fürsten Bismarck auf Kosten der Steuerzahler zu begehen. Sollte auch in Magdeburg eine gleiche Feier auf Kosten der Steuerzahler geplant werden, wird der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei sofort eine Protestversammlung einberufen, in der über Bismarck und seine Thätigkeit referiert werden wird. Also los!

Am der Feier des nächsten Geburtstages des Fürsten Bismarck wollen sich auch die Katholiken Böhm's beteiligen. Zu einer offiziellen Feier bewilligte das Stadtverordnetenkollegium die nicht geringe Summe von 4000 Mark. Dagegen opponieren einige Centrumsleute, welche auf die Kulturkämpfe hinweisen, deren Antifester und Förderer des Fürst Bismarck gewesen ist. 4000 Mark aus dem Säckel der Steuerzahler zur Feier des Geburtstages eines Privatmannes ist auch nicht von Pappe. Kein Wunder, daß die Mißstimmung sich auch in anderen Kreisen bemerkbar macht. —

Ausland.

Oesterreich. In der Wiener Arbeiter-Zeitung wird ein für Deutschland hochbedeutender Erlaß des Vorsitzenden der Kolonialabteilung im Auswärtigen Amt, Geh. Rat Kayser, an die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft und an die Eisenbahngesellschaft für Deutsch-Ostafrika (Usambara-Linie) veröffentlicht, in welchem diese unter Mitteilung eines Berichtes des Bezirksamtmanes Rechenberg an das kaiserliche Gouvernement in Dar-es-Salam aufgefordert werden, Stellung zu dem bedauerndwerten Verhalten eines Teils ihrer Organe im Schutzgebiete gegenüber den Maßnahmen der kaiserlichen Verwaltung zu nehmen. Wir werden diesen Erlaß, welcher unseren Kolonialenthusiasten äußerst unbequem erscheinen wird, in nächster Beilage veröffentlichen. Bei der Debatte über den Kolonialetat dürfte dieser Erlaß eine hochbedeutende Rolle spielen. Wie unser österreichisches Schwefelorgan im Besitze dieses Erlasses gekommen ist, darüber zerbrechen sich die bürgerlichen Kolonialschwärmer und Regierungsvertreter die Köpfe. Wir nicht. —

Frankreich. Zum Präsidenten der Kammer wurde Brisson gewählt. Seine Präsidentschaft soll, wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, nichts gutes für das Ministerium Dupuy bedeuten. — Der Ministerrat beschloß sich dem Antrag auf Freilassung des Deputierten Gérald Richard, der wegen Beleidigung Cassimir Periers eine Gefängnisstrafe verbüßt, zu widersetzen. — Das Kriegsministerium beabsichtigt einen Gesetzentwurf der Kammer zu unterbreiten, wonach die Einstellung der Rekruten am 1. Oktober zu erfolgen hat. —

Japan. Die Greuel des Krieges zwischen Japan und China kennzeichnet folgende dem Berliner Tageblatt aus Shanghai zugegangene Nachricht: Die Japaner haben die von 15.000 Chinesen besetzte Stadt Sou-Menchang angegriffen. Während des Sturmes entstand Feuer in der Stadt, welche fast gänzlich niederbrannte. Mindestens zehntausend Menschen sind obdachlos bei einer Kälte von 40 Grad F. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

* Wegen Lohnbetrügereien wurde in Alten (Schweiz) ein Werführer zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Fevilleton.

Im Kampf ums Recht.

Roman aus der Zeit vor hundert Jahren.
Von Emanuel Wurm.

Der Vater ließ diesen Gedanken nur flüchtig an sich vorbeischießen — er war doch zu ämlichhaft.
Aber Vorsicht, Klugheit — noch dazu, wo es sich um die Güter der heiligen Kirche handelt!
Trotz seiner Wohlbeleibtheit war der Vater ein reichlicher und gewandter Mann, auch schnell bereit zur That. Nicht vergeblich hatte er als Schüler der Jesuiten seinen Geist über müssen in Eifer und Verlässlichkeit! Gerade in Paris, wo er vor mehr als vierzig Jahren seine Ausbildung erhalten hatte, war er oft von seinem Oberen auslobt worden wegen seiner Behendigkeit im Auffinden neuer Gedanken — wie es der Oberer nannte — oder Eifer und Schliche, wie man es sonst nennen kann.

Nach — geradezu in einem Augenblicke — hatte auch schon Vater Eusebius seinen Entschluß gefaßt. Gleich lief er hinter Wolfgang her; jetzt sah er, wie dieser oberwärts in eine menschenleere Seitenstraße einbog. Auch hier waren Güter der heiligen Kirche und hohe Mauer vor den Häusern, die sich lang hin erstreckten. Vater Eusebius jubelte innerlich auf.
„Nun ist er mein!“
Der Zufall kam ihm wirklich zu Hilfe. Gleich das erste Haus war ihm wohlbekannt. Es hatte sich in den vierzig Jahren, da der Vater es nicht gesehen, gar nicht geändert.
Hier hatte er gelernt — hier wollte er jetzt sein Meisterstück machen.
Nach Klingel er.

Ein Bruder Pförtner erschien; der Vater rief ihm einige Worte zu — das Erkennungszeichen der Jesuiten. Sogleich öffnete sich die Thür.
Ohne den Pförtner zu fragen, zog der Vater jetzt an einer zweiten Glocke, die im Innern des Hofes hing.
„Was thut Ihr? Das ist — —“
Die Alarmglocke! Ja weiß es.“
Ja wenigen Augenblicken füllte sich der Hof mit Ordensbrüdern, aber auch mit Knaben in gewöhnlicher Tracht, die als Dienstknechte benutz wurden.
Der Prior des Klosters trat jetzt aus dem Gebäude. Vater Eusebius zog ihn reich bekleidet — ein heftiges, im Plüschesteif geführtes Gespräch — dann winkte der Prior einem sehr verdächtig aussehenden Diener.
Auch hier genügen wenige Worte zur Verständigung. Der Vater und der Diener begaben sich auf die Straße.
„Dort kommt er!“ sprach Eusebius. „Thut Eure Pflicht!“
Aengstlich schritt Wolfgang neben zurück; diese Straße war nicht in eine andere, sondern war durch eine sehr hohe Mauer abgeschlossen.
Der Knecht trat ihm entgegen, wobei er ihn absichtlich bestaute drängte.
Wolfgang warf ihm einen zornigen Blick zu, wollte jedoch keine Zeit verlieren und weiter eilen.
Doch der Knecht packte ihn an der Brust und schrie: „Dann habt Ihr mich gefangen? Zu Hilfe! Zu Hilfe!“
Er sah Wolfgang an, was mit ihm geschah, war er von einer Menge umringt, die auf ihn losstürzte, seine Hände und Füße mit Stricken knetete und ihn dann in den Hof des Jesuitenkollegiums trug.
„Ein Anführer und Caporal!“ sprach der Prior streng.
„Nun bringe ihn in Gewahrsam!“

Wolfgang sträubte sich vergebens — er sah noch das grinsende Antlitz des Vater Eusebius — dann wurde es finster um ihn; in raschem Laufe fühlte er sich fortgetragen. Dumpf, feucht und modrig roch die Luft. Schwere Thüren kreischten in ihren Angeln. Mehrere Treppen hinab ging es. Jetzt hörte er, wie Wasser von den Wänden rieselte und die Tritte der Knechte durch Pfützen gingen. Wieder bewegte sich eine schwere Thür — noch dumpfer und ekelhafter war der Geruch, der Wolfgang entgegenbrang.
Dann fühlte er sich zu Boden geworfen. Die Tritte entzerrten sich — die Thüren wurden geschlossen — Kerkerluft — Grabesgeruch umgab ihn — er war Gefangener der Jesuiten.

X.
Die Strahlen der scheidenden Abendsonne begrüßten am 14. Juli 1789 ein glückliches Volk.
Die Bastille war gefallen — siegreich hatten die Pariser ihren Einzug in diese alte Zwingsburg gehalten, in welcher Willkür und Grausamkeit bisher so unumschränkt geherrscht.
Die weiße Fahne wehte von der Spitze hernieder — und wenn auch Blut und Wunden den Weg bezeichneten, den das Volk hatte wandeln müssen, so war doch das Ziel erreicht.
Wie dies gekommen war?
Die Flintenkugeln der Volksmassen, wie deren Verwünschungen hatten freilich das beste Bollwerk nicht wanken gemacht; aber sie waren Mahnrufe gewesen für diejenigen, die helfen sollten und helfen konnten — die Leidensgenossen des Volkes, welche mit ihm gleichmäßig unter der Mißwirtschaft der Regierung litten — die Soldaten.
(Fortsetzung folgt.)

Gelegentlich des Schuhmacherstreiks im vorigen Frühjahr stellte sich heraus, daß der betrügerische Werführer die Arbeiter seit 1888 um ca. 3200 Fr. benachteiligt hatte.

* Ueber die ansehnlichen Gehälter der Pastoren in Berlin und der Provinz Brandenburg brachten wir vor einigen Tagen ein statistisches Verzeichnis.

Junges Mädchen als Etage Tagelöhnerin ohne Gehalt gesucht.

Wenn wir recht unterrichtet sind, so heißt es in der Bibel: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 10. Januar 1895

Die Versammlung der Sozialdemokraten Magdeburgs, welche sich kommenden Sonnabend mit dem Stand des Boykotts zu beschäftigen hat, verspricht äußerst interessant zu werden.

Zum Magdeburger Boykott erhalten wir folgende Zuschrift: Sonnabend, den 12. d. Mts., findet wie schon gemeldet, im Saale „Friedrichsplatz“ eine öffentliche Versammlung der Sozialdemokraten Magdeburgs statt.

Auf diese Zuschrift heute schon einzugehen, erübrigt sich; die Irrtümer, welche sie enthält, werden ja kommenden Sonnabend richtig gestellt werden.

Ein Notstandsfall. Am Montag vormittag versuchte ein Hausbesitzer in der Waagestraße eine in seinem Hause wohnende und ihm für 5 Monate Miete schuldennde Witwe dadurch zum Verlassen der Wohnung zu bewegen.

Verbreitung unseres Trinkwassers. Von dem Mansfelder Bergwerken kommt die für Magdeburg wichtige Kunde, daß es gelungen sei, nicht nur, nachdem der See ausgetropft worden, den Wasserstand in den Schächten auf seinen Höchstand zu halten.

Schredlich verbrannt. Uns geht folgendes Schreiben zu: Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag in der hiesigen Schokoladenfabrik.

Berlin. (Verhaftet.) Die Polizei verhaftete den Redakteur des „Sozialist“, Herrn Dehmel.

Suppen- und Kohlenverteilung. Wiederum dem Fabrikantenblatte — und nicht dem Arbeiterblatte! — ist folgender Bericht zugegangen: In den Tagen vom 2. bis zum 6. Januar wurden von der städtischen Armenverwaltung an bedürftige Einwohner verteilt:

Es nimmt kein Ende. Die von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossene Erhöhung des Wasserpreises läßt sich jetzt schon im Bürgerium verspüren.

Auch ein Bedürfnis. Das Polizeipräsidium sucht einige Schatzkammer. Diese dürfen nicht unter 170 Meter groß sein und erhalten während der Probefristzeit monatlich 83,33 Mk.

Ueberfall. Als sich die im Hause Knochenhauerstraße 49/50 wohnende unverheiratete 18-jährige W. nach ihrer Arbeitsstätte begeben wollte, wurde sie auf der Treppe von einem bis jetzt unermittelten Individuum angefallen.

Post- und Telegraphen-Dienststunden des Sudenburger Postamts. Eine Bekanntmachung des Postamts Sudenburg befragt folgende: Höherer Anordnung zufolge werden die Post- und Telegraphendienststunden des untergeordneten Postamts vom 13. Januar einschließend ab für die Sonntage und allgemeinen Feiertage wie folgt anzuwenden sein:

Den Kindern zur Beachtung! Die von Euch lang herbeigesehnte Gelegenheit, sich dem Genuß des Schlittensfahrens hinzugeben, ist endlich gekommen.

Sonnen- und Mondfinsternisse im Jahre 1895. In diesem Jahre finden zwei Mond- und drei Sonnenfinsternisse statt. Die Mondfinsternisse ereignen sich am 11. März (totale, Anfang 2 Uhr 54 Min., Ende 6 Uhr 25 Min.) und am 4. September (totale, Anfang 5 Uhr früh, Ende 8 Uhr 54 Min.).

Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb am 8. Jan. 1895: 84 Rinder (einschl. 26 Bullen), 167 Kälber, 61 Schafjährlinge, 1162 Schweine (davon 187 Bafonier).

Vor dem Genuß des „Mansfelder Mineralbieres“ warnt der königliche Polizei-Präsident in Berlin.

Berichtigung. Die zur Reichs- und Neuzeitzeit bei der Post als Aushelfer angestellten Personen erhielten nicht 2,50, sondern 2,75 Mark Tagelohn.

Die alle Heiligkeiten der Redaktion einer Zeitung übermittelte werden, so wurde uns gestern auch ein lebender Schwätzling (Kohlwaisling) vorgeführt, dem wir somit der Vergessenheit entreißen.

Coswig. (Glendstatistik.) 613 Wanderer nahmen allein die Verpflegungstation Coswig im vergangenen Monat in Anspruch, also jeden Tag durchschnittlich 20 Personen.

Obernstedt. (Selbstmord.) In der Nacht vom 7. zum 8. Januar erhängte sich der Inhaber des „Landhausens“, Restaurateur Heinrich Braune.

Berlin. (Verhaftet.) Die Polizei verhaftete den Redakteur des „Sozialist“, Herrn Dehmel.

Berlin. (Der sittliche Ehebegriff einer Ordnungsfürze) In der „Voss Zg.“ befindet sich folgendes Inserat: „Heratzgesuch. Höherer Staatsbeamter, Mitte 30er, evang., selbst nicht unvermögend, wünscht sich zu verheiraten.“

Berlin. (Das Leben gerettet.) Die 18 Jahre alte unverheiratete Selma K., welche sich Montagabend am Rottbuser Ufer in den Landwehrkanal stürzte, wurde von dem Gefreiten Wenning der 3. Komp. des Kaiser-Franz-Garde-Regiments gerettet.

Breslau. (Durchgefallen.) Bei der am 4. d. Mts. abgehaltenen Referendaratsprüfung bestand von den vier Rechtskandidaten, die sich der Prüfung unterzogen, keiner das Examen.

Dortmund. (Statistik des Glends.) Wieviel Arbeitslose sich auf der Landstraße befinden mögen, davon giebt die amtliche Aufstellung über die Verpflegungstationen im Regierungsbezirk Arnsberg ein ungefähres Bild.

nach sind in der Zeit vom 1. Okt. 1893 bis zum 30. September 1894 67 866 Personen verpflegt worden.

Hannau. (Wer zerstört das Familienglück?) Im hiesigen Stadtpart traf eine Frau gestern zwei halberfrorene Kinder an, die dort herumirrten.

Hannover. (Dienstboten-Freuden.) Laut einem dem „Volkswillen“ zur Einsicht vorgelegten Zeugnisse eines Arztes haben sich am Kopfe der Dienstmagd Anna H. mehrere Beulen und Anschwellungen gefunden.

Rudolstadt. (Eine Anerkennung des Notstandes.) Der amtliche „Bericht der städtischen Verwaltung Rudolstadt für das Jahr 1894“ spricht sich über die wirtschaftliche und allgemeine Geschäftslage wie folgt aus: „Die wirtschaftliche und allgemeine Geschäftslage in unserer Stadt ließ auch in dem Berichtsjahre manches zu wünschen übrig.“

Steglitz. (Wildbejete) Hier sind zwei Männer verhaftet, in deren Besitze sich ein eben erst getötetes Reh befand.

London. (60 Personen eingebrochen.) In Blackburn brach Dienstag nachmittag die Eisdecke eines Sees in dem Queens-Park. Gegen 60 Personen, meistens Kinder, stürzten ins Wasser, doch konnten alle gerettet werden.

Toulouse. (Erstochen.) Das Thermometer ist hier 17 Grad unter Null gefallen. Einige Personen sind erstochen.

Toronto. (Großfeuer.) Eine große Feuersbrunst vernichtete am Sonntag vormittag im Geschäftsviertel der kanadischen Stadt Toronto ein ganzes Stück der Hauptverkehrsstraße, auch die Bureaus der Zeitung „Globe“.

Partei-Nachrichten.

Sieg. Bei der am 5. d. Mts. erfolgten Stichwahl zur Deputiertenkammer im 13. Arrondissement von Paris wurde Gerault Richard (Sozialist) mit 1742 Stimmen gewählt; Albert Feliz (Republikaner) erhielt 988 Stimmen.

Gefangenen, Verfolgungen etc. Bei Beginn des neuen Jahres hat Genosse Wenz Dejjau seine sechsmonatliche Gefängnisstrafe angetreten.

Glänzend gerechtfertigt. Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Genosse Stadthagen war früher Rechtsanwalt, heute ist er es nicht mehr. Die Gründe, weshalb er aus dem Anwaltsstande gestochen wurde, sind unseren Lesern bekannt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 9. Januar 1895

Die Rede Auer's gegen die Umsturzvorlage wird von den Blättern der verschiedensten Parteien eifrig besprochen; im allgemeinen anerkennen die Blätter, daß es dem Redner gelungen ist, die Abgeordneten drei Stunden in gespanntester Aufmerksamkeit zu halten.

Das Staatsministerium trat heute Nachmittag 2 Uhr unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen. Die Rede des Abg. Gröber ist somit den Ministern entgangen und Gröber richtete ab und zu seine Pfeile gegen den Kanzler des Reiches.

Zur Reichstags-Sitzung wird eine Interpellation vorbereitet über die Gründe der Ablehnung des nahezu einstimmig angenommenen Antrags auf Erweiterung der Eisenbahnsfahrarten.

An der Tabaksteuervorlage wird herumgeduldet. Man möchte sie dem Reichstage und den Steuerzahlern geschwächter machen. So viel oder so wenig an der Vorlage geändert werden wird, der Reichstag wird auch in seiner jetzigen Zusammensetzung jede, auch die schwachste zubereitete Tabaksteuervorlage ablehnen, weil, wie die Beratung über das Reichsbudget ergeben wird, neue Steuern zur Deckung der Reichsausgaben nicht erforderlich sind.

Heute ist die Tabaksteuervorlage an die Bundesratsausschüsse gegangen.

Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages hat am Donnerstag die Beratung über die Disziplinarfrage begonnen.

Am gleichen Tage ist auch die Wahlprüfungs-Kommission zusammengetreten um über die Wahlen der Abgeordneten Pichler (3 Niederbayer), Rothbarth (14 Hannover), Greiß (1 Köln), Meißt (1 Düsseldorf), Jann (2 Düsseldorf), Böckel (5 Kassel) zu verhandeln.

Die Budgetkommission begann am Donnerstag ihre Arbeiten. Derselben gehören unsererseits an, die Genossen Hebel, Singer und Meißter.

Die sozialdemokratische Fraktion bestimmte in

ihrer heutigen Sitzung die Redner zu den dem Reichstage unterbreiteten Gesetzesentwürfen und Initiativanträgen.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend den unklarer Wettbewerb wird im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Wir kommen auf den Inhalt des Entwurfs, der mit einer Anzahl phänomenaler Kautschukparagrafen geschmückt ist, zurück.

Dem Reichstage ist der Gesetzesentwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung in Bezug auf das Hausiergewerbe zugegangen.

Für die Reichstagswahl in Schwesig-Schmalte haben nach dem „Schmalte Tagebl.“ die Antisemiten doch auf Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichtet und wollen für Herrn v. Alvensleben eintreten. Die antisemitischen Hasenfüße fürchten eine Niederlage. Auch Hauptmann a. D. v. Schütz-Magdeburg ist dieserhalb von der Kandidatur zurückgetreten.

Landtagswahlen in Württemberg. Die Sozialdemokraten beabsichtigen in die Agitation für die bevorstehenden Wahlen zum Landtag einzutreten. Die Kandidatenliste für die kommende Landtagswahl ist schon fertig gestellt. In den 63 Wahlbezirken sind 18 Kandidaten nominiert. Aufgestellt sind Karl Klotz in Stuttgart-Stadt, Georg Bähler in Stuttgart-Land, Gemeinderat Glaser in Cannstatt, Redakteur Tauscher in Ludwigsburg, Schriftsteller Stern in Heilbronn-Stadt, Gastwirt Schlegel in Ehlingen, Schreiner Reichardt in Göppingen.

Die französische Kammer hat am 8. d. Mts. gleichfalls ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Bautechniker S. stand bei der Firma F. gegen einen vereinbarten monatlichen Gehalt von 110 M. in Arbeit. Die Arbeitszeit war von 8-12 und von 2-6 Uhr vereinbart. Kläger kam in letzter Zeit des öfteren zu spät zur Arbeit; trotz der ihm gemachten Vorhaltungen, pünktlicher zu sein, ist es vorgekommen, daß er sogar erst nachmittags auf dem Bureau erschien, und sich eines Tages gar nicht zur Arbeit einfand. Kläger giebt häufiges Unwohlsein als Entschuldigungsgrund seiner Unpünktlichkeit an und will sich durch Abjendung einer Postkarte, welche die Mitteilung enthielt, daß er den Tag über durch Krankheit am Erheben gehindert sei, entschuldigt haben. Sonst aber weiß er einen anderen glaubhaften Nachweis seines Unwohlseins nicht zu erbringen. Verklagte Firma bestreitet den Empfang einer Postkarte und behauptet, daß Kläger durch Fälschung seine Pflichten verlegt habe. Sie sei daher berechtigt gewesen, den Kläger ohne Kündigung zu entlassen und beantragt die Abweisung des Klägers. Auf

Grund des § 133c Abs. 3 der Gewerbeordnung erkannte das Gewerbegericht für Recht, daß Kläger mit seiner Forderung abzuweisen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen hat. [Sch]

Neuere Nachrichten.

Berlin. Die Geschäftsordnungskommission des Reichstages tritt erst am Freitag zusammen, wird auch nicht über die Verschärfung der Disziplinalgewalt, sondern über die Priorität der Initiativanträge beraten.

Paris. Es verlautet, daß das Ministerium der Justiz diejenigen Abgeordneten, welche an dem Finanzskandal der Südbahngesellschaft beteiligt gewesen, strafrechtlich verfolgen will. Natürlich sind dies Abgeordnete, welche als Stützen der gegenwärtigen Regierung zu betrachten sind.

Turin. Bei den Übungen der Artillerie platzte eine Granate, wodurch zwei Soldaten getötet und zwei verletzt wurden.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc.

Allgemeiner Arbeiterverein für Magdeburg und Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlende und Distriktsklubs, sowie der Bibliotheksabend der Boykottversammlung ausfallen.

Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlende am Sonnabend wegen der Boykottversammlung ausfallen.

Verband der Deutschen Buchdrucker. (Distriktverein Magdeburg). Der Boykottversammlung wegen fällt am Sonnabend unser Bescheid aus. Die Zahlung der Beiträge sowie der Bücherwechsel findet am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 11 Uhr in „Stadt Berlin“ statt.

Verband der Buchbinder. Wegen der Boykottversammlung fällt unser Zahlabend aus und findet die Zahlung der Beiträge Sonntag vormittags von 11 Uhr ab statt.

Kupferschmiede. Die öffentliche Kupferschmiede-Versammlung findet Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Hoyer, Brauneckstraße 3, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Filiale Neustadt). Der Boykottversammlung wegen fällt die Versammlung aus und findet am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, bei Witwe Engel statt.

Arbeitslose! Da noch eine ganze Anzahl der in der letzten Arbeitslosen-Versammlung angegebenen Adressen fehlen, so werden alle diejenigen, welche solche noch in Händen haben, ersucht, dieselben baldmöglichst abzugeben zu wollen, da mit der Aufstellung der Arbeitslosen-Statistik begonnen wird.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblichen Arbeiter (Filiale Magdeburg). Die Versammlung findet nicht Sonnabend, den 12., sondern Sonnabend, den 19. Januar statt.

Sonntag, den 13. Januar: Arbeiter-Fachverein Berlin und Umgegend. Jeden Sonntag nachm. von 3-5 Uhr Distriktsstunde bei H. Peters, Schulstraße 12. Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Filiale Magdeburg.) Nachm. 3 Uhr Versammlung im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke. Nachdem Larzkränzchen.

Oeffentl. Versammlung der Gast- u. Schankwirte u. Bierinteressenten

von Magdeburg und Umgegend Freitag, den 11. d. M., nachm. 2 Uhr, in Stadt Berlin, Gr. Münzstr. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Versammlung der Sozialdemokraten Magdeburgs

Sonnabend, den 12. d. M., abends 8 Uhr in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstraße 52. Tages-Ordnung: Bericht der Lokalkommission u. Stellungnahme zum Boykott.

Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Lokalkommission.

Heute ermäßige den Preis meiner Molkerei-Butter Remkersleben

(etwas besseres giebt es nicht) in Stücken, das Pfund auf Mk. 1.20, Molkerei Söllingen, hochfein, Mk. 1.15, verschiedene andere Molkereibutter, Mk. 1.10, 1.08 und 1.06. A. H. Völker, Jakobstr. 5, Eckhaus der gr. Marktstr. Gr. Steinernettischstr. 10b, Eilaben.

Durch die Buchhandlung der „Volksstimme“, sowie deren sämtliche Kolportage noch zu beziehen:

Gustav Adolf.

Ein Fürstenspiegel zu Lehr und Nutz der deutschen Arbeiter. Von Franz Mehring. Preis 30 Pfg. Inhalt: 1. Allgemeines. — 2. Jesuitismus, Calvinismus und Lutherum. — 3. Die Epoche der deutschen Reformation. — 4. Der dreißigjährige Krieg. — 5. Gustav Adolfs Schwedische Politik. — 6. Gustav Adolfs deutsche Feldzüge. — 7. Gustav Adolfs historische Stellung. — 8. Der Gustav-Adolf-Kultus.

Quittung.

Für Partizipende gingen ein: Von C. T. 40 Pfg. Der Portranseumw.

Standesamt.

Magdeburg, den 9. Januar. Angehote: Bekläger Max Feig Gustav Jens mit Sophie Philippine Dorothée Schöpfer in Hamburg. Tischler Gustav Eggert hier mit Anna Schüge in Döberitz. Photograph Paul Vorberg mit Emma Franke hier. Kellnerwäuter Gust. Seeger mit Ottilie Herzog hier.

Geburten: Feig, S. des Tischlers Louis Störbed. Erich, S. des Buchbinders im Feld. Art. Regt. Nr. 4. Gust. Engelken Käthe, I. des Schmieders Gustav Kehlwege Martha, I. des Buchhändlers Max Dänke. Walter, S. des Tischlermeisters Wilhelm Krausch. Erna, I. des Tischlermeisters Wilhelm Krausch. Erna, I. des Tischlermeisters Wilhelm Krausch. Erna, I. des Tischlermeisters Wilhelm Krausch.

Todesfälle: Frieda, I. des Güterbediensteten Gustav Dietrich. 12 J. 1 M. 29 T. Erich, I. des Schlossers August Bohmann, 6 J. 7 M. 15 T. Marie, I. des Buchbinders Karl Jäger, 2 J. 1 M. 2 T. Otto, S. des Tischlers Robert Sehnhoff, 2 M. 25 T. Sophie geb. Neubauer, Witw. des Arbeiters Ernst Breitenstein, 70 J. 1 M. 22 T.

Endenburg, den 9. Januar 1895

Geburten: Walter, S. des Selbstgelehrten Karl Bedde. Gustav, S. des Legehüters Gustav Spanda. Todesfälle: Marie geb. Döring, Witwe des Arb. Franz Hildebrandt, 67 J. 4 M. 21 T.

Wetzlar, den 9. Januar 1894. Angehote: Gattlermeister Ernst Aug. Ehrlich. Friede in Magdeburg mit Emma Dorothée Müller hier. Eheverlobung: Arb. Reinhard Thymann mit Witwe Friederike Rivitt geb. Klingebiel, beide von hier.

Geburten: Ella, I. des Möbelgeschäftsinhabers Max Jansen. Clara, I. des Brauereis Gustav Hechtenberg. Gustav, S. des Comptoiristen Gustav Grasshoff. Elly Charlotte Auguste, unehelich.

Neustadt, den 9. Januar 1895. Angehote: Arb. Adolf Karl Heinemann mit Karoline Anna Emma Jäger. Walter und Photograph Karl Paul August Klische mit Luise Marie Anna Jungaus. Geburten: Hedwig, I. des Arbeiters Gustav Saar. Ernst Gaus, S. des Reinigungsbeamten Hans Gasse. Frieda, I. des Straßenbahnführers Bernh. Schweiß. Margarete, I. des Formers Wilh. Ebers. Todesfälle: Handelsmann Heinrich Müller, 64 J. 8 M. 16 T. Witwe Niedmann, Marie geb. Klingmann, 59 J. 2 M. 3 T. Hedwig Agnes Lemmann, 27 J. 10 M. 13 T.

Volksstimme.

Verlag: Mohrverlag mit Schweinfurt. Hierzu als Beilage die Zeichnungstafel des 1. Heftes der Franz. Lotterie.

Fleisch-Offerte!

Jeden Freitag und Sonnabend halte ich ff. Mecklenburg. Kalbfleisch à Pfund 50, 55, 40 Pfg. etc. sowie ff. Mecklb. Schweinefleisch à Pfund 55, 60 Pfg. etc. bestes empfohlen.

A. Bosse, Schönebeck, Straße 8.

Esuchen erfragen und durch die Buchhandlung der „Volksstimme“, sowie deren sämtliche Kolportage zu beziehen:

Fuchsmühl.

Eine Skizze aus dem Reichsstaat der Gegenwart. Von Adolf Müller. Mit zwei photographischen Aufnahmen. Preis 20 Pfg.

Homöopathie!

Visser, homöopath. Magdeburg, Lindenstraße 2. (über lange Jahre bei dem berühmten homöopath. Arzt Dr. Volbeding, Eisleben.)

Zu vermieten: Stube, Kammer u. Küche für 3 Personen. 35.

3. Reichenweg, 1. u. 2. Etage, Reichenweg 17. Stube, Kammer, 6 Stühle u. 20-22 T. 2. Etage, 2. u. 3. Reichenweg, Reichenweg 21. Stube zu 26-48 Uhr u. eine Stube zu vermieten Reichenweg, Reichenweg 22. Januar 1. u. 2. Etage, 1. u. 2. Etage, Reichenweg 17 u. 33. Reichenweg 17.

Waschen-Garderobe

von C. Franke Hauptwache 3, Eingang gr. Marktstr. sowie Sudbg., Kurfürstenstr. 34. empfiehlt seine hochlegale Waschanstalt bei billiger Preisberechnung und promptester Bedienung.

